

Wechsel an KNU-Führungsspitze?

Die Abspaltung der Democratic Karen Buddhist Organisation/Army (DKBO/A), einer Gruppe buddhistischer Karen, von der Karen National Union (KNU) im Dezember 1994 und der Verlust der Stützpunkte Manerplaw und Kawmoora hatte zur Folge, daß offen über die Führung der Karen National Union gesprochen wurde. Kritiker, z.T. aus den eigenen Reihen, warfen dem Zentralkomitee der KNU zu wenig Pragmatismus in der Politik und einen Führungsstil vor, der einer Militärdiktatur gleichkäme. Außerdem würde die christlich dominierte Führung der Karen seit Jahren Buddhisten in den eigenen Reihen wie Menschen zweiter Klasse behandeln. Die alte Riege der teilweise Jahrzehnten dienenden Mitglieder des Zentralkomitees solle den Weg frei machen für eine jüngere Generation.

Vor dem Kongress der KNU, der Mitte März für die nahe Zukunft angekündigt wurde, wurde bekanntgegeben, daß einige alte Führer zurücktreten würden. Der Kongress der KNU findet alle vier Jahre statt. An ihm nehmen hunderte politische und militärische Delegierte aus Distrikten und Dörfern des Karen-Staates teil. Sie wählen ein 45köpfiges Zentralkomitee.

Auf einer Dringlichkeitssitzung des Zentralkomitees Mitte März gab die Führungsspitze zu, Fehler in der Kriegsführung gemacht zu haben. General Bo Mya wies jedoch Spekulationen über Namen zurück. Auch die politischen Ziele, die die KNU verfolgen würde, blieben die selben.

vgl. TN 13.3.95; BP 19.3.95

Flüchtlinge zurückgeführt

Bis zum 10. März 1995 sind insgesamt 169.864, der etwa 250.000 Anfang der 90er Jahre nach Bangladesh geflohenen Rohingyas, repatriiert worden.

vgl. SOAA März 95

Niederlagen für KNU

Die Kämpfe zwischen der Karen National Union (KNU) und der burmesischen Armee hielten auch nach der Einnahme des Hauptquartiers der Opposition, Manerplaw, im Januar und des Stützpunktes Kawmoora im Februar an. (s. SOAI 1/95, S. 27) General Bo Mya erklärte, daß die KNU auf keinen Fall kapitulieren, sondern den Kampf mit Guerilla-Taktik weiterführen werde. In einem Statement im Februar gab die KNU bekannt, der SLORC (Staatsrat für Wiederherstellung von Recht und Ordnung) habe zwar die wichtigsten Stützpunkte der Karen eingenommen und die administrative Infrastruktur der Karen zerstört, dies bedeute aber nicht, daß die Regierung die Kontrolle über Kawthoolai (Karen-Staat) habe. In dem Statement rief die KNU den SLORC erneut auf, einen ernsthaften Dialog zu eröffnen, um dauerhaften Frieden zu erreichen.

Ende 1994 waren Friedensgespräche zwischen der KNU und dem SLORC in der ersten Runde gescheitert. Die KNU forderte, daß die Gespräche in einem dritten Land stattfinden sollten. Es hatte ein Treffen zwischen General Bo Mya und dem burmesischen Militärattaché in Bangkok gegeben. Er bot der KNU an, die Gespräche in der Botschaft in Thailand abzuhalten. Später wurde das Angebot, auf Weisung des SLORC, zurückge-

nommen. Auch das Angebot der KNU, die Gespräche in Rangun zu führen, wurde abgelehnt. Kurz darauf begann die Offensive der burmesischen Armee, die den Verlust der wichtigsten Karen-Basen zur Folge hatte.

Am 24. März rief die KNU einen einseitigen Waffenstillstand aus und übermittelte dem SLORC zwei Briefe, in denen die KNU signalisierte, daß sie immer noch zu Gesprächen bereit sei.

Der thailändische Premierminister Chuan Leekpai bot eine Vermittlerrolle Thailands für den Fall an, daß die burmesische Regierung eine derartige Anfrage an Thailand richten würde. Die KNU hatte im Februar den stellvertretenden Aussenminister Thailands, Surin Pitsuwan, in einem Brief aufgefordert Friedensgespräche zu initiieren. In einem Brief an den Premierminister im April wiederholte Bo Mya die Bitte und unterstrich die Bereitschaft der Karen Friedensgespräche zu führen.

Die erneuten Versuche in Friedensverhandlungen einzutreten, wurden auf einem Dringlichkeitstreffen der Führungsspitze der KNU im März beschlossen. Das Treffen fand aufgrund der Niederlagen der KNU statt und sollte die zukünftige militärische und politische Strategie bestimmen.

vgl. BP 16.2., 25.3.95; TN 9.3., 3.5.95; IRRRA 15.5.95, S. 7

KNPP schließt Waffenstillstand mit SLORC

Die Karenni National Progress Party (KNPP) hat am 7. März einen Waffenstillstand mit dem Staatsrat für Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) geschlossen. Sie ist die 14. Widerstandsorganisation, die seit der Machtübernahme des SLORC 1988 die Waffen niedergelegt hat (siehe Kasten SOAI 1/95, S. 28). Die KNPP hatte am 9. August 1948, sieben Monate nachdem Burma die Unabhängigkeit erlangte, der Regierung den bewaffneten Kampf angesagt, um stärkere Souveränität zu erlangen.

Am 21. März fand eine offizielle Zeremonie in Loikaw statt, bei der, laut Aussagen der KNPP, die Repräsentanten der KNPP gezwungen wurden, zu erklären, die Organisation hätte sich ergeben. Die KNPP erklärte tags darauf, daß lediglich ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet worden wäre. Die politischen Ziele der Widerstandsorganisation würden aber die gleichen bleiben. Es wären auch, entgegen anderslautenden Meldungen, keine Waffen abgegeben worden.

vgl. SOAA März 95; BP 23.3.95; BP 25.3.95 TN 24.3.95

Gas-Pipeline-Arbeiter getötet

Am 8. März sind 5 Arbeiter, die an einer Gas-Pipeline in Kanbaw arbeiteten, bei einem Überfall getötet worden. Elf weitere wurden verletzt. Dies gab ein Sprecher von Total in Paris bekannt. Die Opfer seien alle burmesischer Abstammung. Es gäbe aber keine Anhaltspunkte, wer verantwortlich für den Überfall sei.

Im Februar hatten Thailand und Burma einen 30 Jahres-Vertrag unterzeichnet, der vorsieht, daß Burma für 10 Milliarden Baht im Jahr Gas an Thailand verkauft (vgl. SOAI 1/95, S. 27). Die Gas-Pipeline wird von Total (Frankreich) und Unocal (USA) gebaut und soll vom größten Offshore-Feld in Burmas Andaman Sea durch Gebiete, die teilweise von den Mon und Karen kontrolliert werden, nach Thailand gehen. Tausende Dorfbewohner sollen wegen der Pipeline umgesiedelt worden sein. Die New Mon State Party hatte angekündigt, Anschläge auf die Pipeline zu verüben.

vgl. BP 11.3.95

Kämpfe zwischen Tatmadaw und MTA

Die Kämpfe im Shan-Staat zwischen der burmesischen Armee (Tatmadaw) und der Mong Tai Army (MTA), der Armee des "Drogenkönigs" Khun Sa halten an. Die burmesische Armee verstärkte nach der erfolgreichen Offensive gegen die Karen ihre Truppen im Nordosten des Landes. Kampfhandlungen wurden vom thailändischen Militär in der Nähe der Grenzstadt Tachilek beobachtet.

Über 300 Menschen waren zuvor aus Angst vor bevorstehenden Kämpfen in einen Tempel nach Thailand geflüchtet. In dem Tempel im Mae Sai Distrikt lebten schon 200 Flüchtlinge aus Burma.

Ein Mitglied des Geheimdienstes der MTA berichtete im thailändischen Fernsehen, daß die burmesische Armee wahrscheinlich Luftangriffe auf die Orte Ban Kong Mon, Ban Kung Sa und Ban Ya-ay, die von Khun Sa kontrolliert würden, vorbereite.

vgl. BP 24.3.95, TN 26.3.95

Haftstrafen werden um ein Drittel gekürzt Zwangsarbeit in Burma

Die burmesische Militärregierung hat am 27. März, aus Anlaß des Feiertages "Armed Forces Day", bekanntgegeben, daß für 23.000 Inhaftierte die Haftstrafe um ein Drittel reduziert würde. In der Staatszeitung "The New Light of Myanmar" veröffentlichte der Minister für Innere Angelegenheiten, Generalleutnant Mya Thinn, einen Erlaß, in dem er den Straferlaß für In-sassen bekanntgab, die an "Projekten" zur Vorbereitung des Feiertages mitgearbeitet hatten. Der "Armed Forces Day" erinnert an den Sieg der burmesischen Armee über die japanischen Besatzer während des Zweiten Weltkriegs.

vgl. BP / TN ?? 27.3.95

Politische Gefangene freigelassen

Am 15. März wurden laut burmesischem Staatsradio 31 politische Gefangene freigelassen. Unter ihnen ist der ehemalige Vorsitzende der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), Tin Oo, sowie der Sprecher der Partei, Kyi Maung. Tin Oo wurde am 20 Juli 1989 verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Im Februar 1992 wurde er zu weiteren sieben Jahren Haft verurteilt. Kyi Maung, der 1989 Tin Oos Posten als Vorsitzender der Partei einnahm, wurde im August 1990 verhaftet und im November 1990 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. 1991 wurde die Haftstrafe um zehn Jahre verlängert.

vgl. BA März 95; TN 16.3.95

Alternativer Reiseführer erschienen

Anläßlich des von der Militärregierung ausgerufenen "Visit Burma Year" 1996 hat die Burma Action Group (UK) einen alternativen Reiseführer herausgegeben. Der "Reiseführer" "Burma - the alternative guide" ist für £ 3.99.- erhältlich bei: Burma Action Group, Collins Studios, Collins Yard, Islington Green, London N1 2XU.

vgl. Burma Action Group

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat Burma Zwangsarbeit vorgeworfen. In einem Bericht, den eine ILO-Kommission am 7. Juni, der in Genf tagenden Weltarbeitskonferenz vorlegte, kritisierte die Kommission weitverbreitete Zwangsarbeit beim Eisenbahn- und Straßenbau. Die Menschen würden haupt-

sächlich in Konfliktzonen gezwungen Zwangsarbeit zu verrichten. Die burmesische Militärregierung wies die Vorwürfe zurück. Es sei eine jahrtausendealte Tradition, daß das Volk freiwillig Tempel, Straßen und Brücken baue. Auch die Burma Action Group wies im Rahmen ihrer Tourismuskampagne auf

Zwangsarbeiten in Burma hin. Die burmesische Regierung setze tausende Zwangsarbeiter ein, um das Land auf den erwarteten Strom von Touristen vorzubereiten. Zivilisten und Gefängnisinsassen müßten beliebte Touristen-Ziele wie Paläste und kulturelle Stätten sanieren.

vgl. FR 8.6.95; BP 6.5.95



Zwangsarbeiter in Ketten bei einem Infrastrukturprojekt

aus: Burma Action Group, Burma - the Alternative Guide, London 1995, S. 19

Staatssekretär in Thailand und Burma

Im Februar hielt sich der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, in Burma auf. Während eines vorangegangenen Thailand-Aufenthalts erklärte Schäfer nach einem Treffen mit seinem thailändischen Counterpart Surin Pitsuwan, daß die Inhalte der Gespräche in Burma um den Demokratisierungsprozeß und der Öffnung des Landes gegenüber seinen Nachbarn, Europa und der Weltgemeinschaft gehen würden, damit dem Land mehr Hilfe zukommen könnte. Desweiteren sagte Schäfer, daß sein Besuch eine Fortführung des "kritischen politischen Dialogs" der Europäischen Union wäre. Der "kritische Dialog", den Außenminister Klaus Kinkel in seiner Rede bei der 49. Generalversammlung der Vereinten Nationen im letzten Jahr angekündigt

hatte und während der Generalversammlung mit dem burmesischen Außenminister Ohn Gyaw begonnen hatte, soll die Besorgnis der EU über Menschenrechtsverletzungen und Politik in Burma übermitteln, ohne das Land dabei zu isolieren.

Der Besuch in Burma wurde dann jedoch vorzeitig nach einem Treffen zwischen Schäfer und Ohn Gyaw abgebrochen. Schäfer sagte, daß er vor allem über das fehlende Interesse der Militärregierung an einem Dialog mit Deutschland und der EU enttäuscht sei. Die Weigerung des SLORC, demokratische Reformen zuzulassen, werde Burma nicht nur weiter isolieren sondern auch ökonomischen Schaden verursachen.

vgl. BP 23.2.95; TN 23.2.95; BA März 95

Drei Abkommen mit Laos geschlossen

Während eines viertägigen Besuchs des laotischen Präsidenten Nouhak Phoumsavanh in Burma haben beide Länder drei bilaterale Abkommen unterzeichnet. Es handelt sich um ein Handelsabkommen, um das Protokoll des ersten Treffens der gemeinsamen Kommission für bilaterale Kooperation und um ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich. Der laotische Präsident betonte, daß die Verträge von fundamentaler Wichtigkeit für die kurz- und langfristige Beziehung und Zusammenarbeit der beiden Länder seien. Außerdem tauschten beide Seiten die Ratifizierungsurkunden des Abkommens über die Festsetzung der Grenze zwischen beiden Ländern aus, die dem Abkommen zufolge in der Mitte des Mekong verläuft.

vgl. BP 9.5.; TN 10.5.; MDA 10.5.95